

AUFRUF ZUR UNTERSTÜTZUNG

Salzwedel – Stadt der Zuflucht

Wir, das Bündnis solidarisches Salzwedel, wollen mit der Bürgermeisterin Salzwedels und dem Landrat des Landkreises Salzwedel über die Möglichkeiten diskutieren, Salzwedel zur Stadt der Zuflucht werden zu lassen.

Wir bitten um Deine/Ihre Unterstützung für unser Anliegen.

Unsere Freund*innen, Nachbar*innen, Kolleg*innen, (Mit-)Schüler*innen, Mitmenschen sind von Abschiebung oder einem Leben in der Illegalität bedroht. Wir können dieser Entrechtung nicht weiter tatenlos zusehen, wenn wir die Gültigkeit der Menschenrechte für alle Menschen Ernst nehmen.

Abschiebungen verletzen Menschenrechte

Die Menschenrechte werden auch in Deutschland aufgrund politischer Erwägungen zunehmend eingeschränkt. Deutlich wird dies beispielsweise an den alarmierenden Asylrechtsverschärfungen der letzten zwei Jahre.

Umso deutlicher wird die politische Motivation am Beispiel Afghanistans. Die Situation in Afghanistan verschärft sich weiter, während das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge weniger Asylanträge von Afghan*innen positiv entscheidet. Das BAMF steht seit Monaten in der Kritik von verschiedenen Politiker*innen, Nichtregierungsorganisationen und Einzelpersonen.

Darüber hinaus drängen das Bundes- und das Landesinnenministerium darauf, die Zahl der sogenannten freiwilligen Ausreisen und Abschiebungen zu erhöhen. Viele abgelehnte Asylbewerber*innen und andere Ausreisepflichtige könnten jedoch aufgrund tatsächlicher oder rechtlicher Hindernisse überhaupt nicht ausreisen. Was droht ist ein Abtauchen in die Illegalität aus lauter Panik. Das Resultat: sich immer mehr häufende Suizidversuche.

Die Nachrichten über Sammelflieger, die monatlich seit Dezember 2016 Menschen aus verschiedensten deutschen Städten nach Afghanistan abgeschoben haben, lösten allgemeines Entsetzen aus.

Bei potenziell betroffenen Afghan*Innen haben sie vor allem zu Angst und bei vielen Unterstützer*innen zu Protest geführt. Auch in Salzwedel haben mit der Plakataktion am 11. Februar und der friedlichen Demonstration am 25. März zum bundesweiten Tag gegen Rassismus viele Menschen ihre Solidarität mit den Betroffenen zum Ausdruck gebracht. Es wird deutlich, dass sehr viele Menschen in Salzwedel mit der Abschiebep Praxis nicht einverstanden sind.

Bei uns wächst die Hilflosigkeit und das Entsetzen über eine derartig tatsachenverdrehende Politik.

Auf dem Spiel steht das Leben von Menschen und die Menschenrechte als Basis unseres gemeinsamen Zusammenlebens!

Das nehmen wir nicht hin!

Möglichkeiten der Intervention

Es haben sich bereits in anderen Städten Menschen solidarisch gezeigt.

Es geht uns einerseits um den Schutz derjenigen, die bereits hier bei uns sind und andererseits darum, ein Zeichen zu setzen, dass wir mit der Abschottungspolitik der Europäischen Union nicht einverstanden sind.

Die menschenunwürdigen Bedingungen für Geflüchtete im griechischen Idomeni waren es, die bereits deutschlandweit Kampagnen für Städte der Zuflucht auslösten. Wir wollen **Salzwedel zu einer Stadt der Zuflucht** machen. Die Stadt und auch der Landkreis sollen sich für eine direkte Aufnahme von Geflüchteten aus Griechenland aussprechen, um ein Zeichen zu setzen, dass die Abschottungspolitik nicht mitgetragen wird.

Darüber hinaus nehmen wir uns ein Vorbild an solidarischen Städten z.B. in den USA, die keine Abschiebungen aus ihren Städten zulassen, sogenannte **Sanctuary Cities/Städte des Schutzes**. Dafür bedarf es zuallererst einer städtischen Atmosphäre der Sicherheit und Toleranz für alle Menschen. Wir wollen ein Zusammenleben und Erleben von Gemeinsamkeiten aller. Damit soll deutlich werden, dass in Salzwedel persönliche Erfahrungen Vorurteilen standhalten und ein klares Zeichen gegen Rassismus setzt.

In verschiedenen deutschen Städten (z.B. Berlin, Bremen, Frankfurt, Freiburg, Hanau, Hagen, Hamburg, Münster, Osnabrück, Stuttgart) werden bereits unterschiedliche Konzepte diskutiert.

Wir übernehmen Verantwortung und zeigen uns solidarisch. Wir sind ein Zusammenschluss von Einzelpersonen, die sich für die Rechte aller Menschen einsetzen. Die Interkulturelle Woche findet erneut auch in Salzwedel im September statt. Meinen wir das wirklich ernst, wenn hier gleichzeitig Menschen in ständiger Angst wegen einer bevorstehenden Abschiebung leben?

Dieser Anlass wäre eine gute Möglichkeit sich gemeinsam mit dem Landkreis öffentlich zu positionieren und auch bundesweit ein Zeichen für echte Solidarität zu setzen. Gemeinsam Verantwortung übernehmen

Wir wollen mit dem Landrat Michael Ziche und der Bürgermeisterin Salzwedels Sabine Blümel über die Handlungsmöglichkeiten der Stadt und des Landkreis Salzwedel gerne direkt ins Gespräch kommen. Wir alle tragen Verantwortung dafür, wenn wir weiter zusehen, wie die menschenrechtsverachtende Abschiebep Praxis täglich weiter funktioniert. Auch die kommunalen Entscheidungsträger*innen stehen in der Verantwortung. Wir müssen gemeinsam für die Achtung der Menschenrechte eintreten!

Wir wollen über die Möglichkeiten diskutieren, unseren Mitmenschen hier eine Perspektive auf ein selbstbestimmtes Leben in Sicherheit zu ermöglichen.

Auf dem Spiel steht die Abschaffung des Asylrechts und somit grundsätzlich der Ernsthaftigkeit der Achtung der Menschenrechte in Deutschland, Sachsen-Anhalt und so auch hier direkt im Landkreis Salzwedel.

Aktionsbündnis Solidarisches Salzwedel